mit Eisenbahnen überzogen haben, ein Land, in welchem die Steuern ungefähr auf dem Stande vor dem Kriege geblieben sind, wo das Budget — denn Elsaß-Lothringen hat sein selbstständiges Budget — mit starken Ueberschüssen abschließt". Der Vergleich ist sehr treffend, aber nicht neu; man hat ihn in Elsaß-Lothringen selbst längst gemacht und hat aus ihm auch die Folgerungen gezogen. Davon scheint allerdings die große Masse der französischen Journalisten keine Ahnung zu haben, denn sonst wären die thörichten Phantasiebilder von den „tiefunglücklichen, sehnsüchtig nach Rettung ausschauenden elsässischen Brüdern", wie sie gerade in der jüngsten Zeit allenthalben in der französischen Presse wieder zu lesen waren, unmöglich. Die große Masse der Elsässer, die arbeitend und schaffend mitten im wirthschaftlichen Leben steht, fühlt sich in ihrem bürgerlichen und wirthschaftlichen Dasein unter der ehrlichen, redlich um das Wohl des Landes bemühten deutschen Regierung nicht unglücklich; sie würde nimmermehr einen Krieg herbeiwünschen, selbst wenn der Sieg Frankreichs sicher wäre; selbst eine friedliche Wiedervereinigung mit dem heutigen Frankreich mit seinen unsicheren Zuständen würden sicherlich nur sehr Wenige als ein Glück betrachten. So richtete denn auch der „Ev.-prot. Kirchenbote", das Organ der protestantischen Altelsässer, vor Kurzem an die Franzosen folgende eindringliche Ermahnung: „Man thut uns in Frankreich den größten Gefallen, wenn man uns hier im Elsaß in Ruhe läßt. Wir haben nicht die geringste Lust, in einem neuen Kriege nochmals den Prellbock zu spielen, und eine Wiedervereinigung mit Frankreich wäre für unser Land jetzt geradezu ein Unglück." So denken Viele, die protestantischen Kreise so, durchweg. Es wäre gut, wenn man in Frankreich solche Ermahnungen etwas mehr beherzigen wollte."

Unter der Spitzmarke „Eine reinliche Scheidung" schreibt die „Straßb. Post": „Die Kölnische Volkszeitung", welche alle berechtigten Ansprüche der Elsaß-Lotheringer, insonderheit der reichsländischen Katholiken, stets rückhaltlos unterstützt hat, läßt durch ihre Haltung in der letzten Zeit keinen Zweifel mehr darüber, daß die maßgebenden Centrumskreise hinfürder nicht gewillt sind, auch diejenigen katholischen Eingeborenen noch unter ihre Fittiche zu nehmen, welche es nicht über sich gewinnen können, in der Frage „Hie Deutschland — hie Frankreich" eine unzweideutige Stellung einzunehmen. Sie schreibt heute: Eine hübsche Blüthe dreister Unverfrorenheit pflücken wir zur Erheiterung und zur — Belehrung unserer Leser auf elsässischem Revier. Der Priester August Meyer, ein Elsässer von Geburt, jetzt Religionslehrer am Seminar II in Colmar, hat eine populäre Geschichte von Lauterburg (Weißenburg, bei Ackermann, 1898) veröffentlicht, durch die er bei gewissen elsässischen Chauvins ärgen Anstoß erregt hat. Es ist aber auch gräßlich, wie er es in seinem Buche getrieben hat! Da spricht er vom „Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers" (S. 174), S. 201 gar von „unseren deutschen Waldungen"!! Er nennt es einen „Vandalismus", wenn die Franzosen 1792 in Lauterburg Alles, was sie nicht verkaufen konnten, zusammenschlugen und in Weißenburg kranke oder verwundete Oesterreicher zum Fenster hinauswarfen (S. 97). Auch die Zerstörung des Judenthurmes in Lauterburg zur Zeit des großen Ludwig XIV. nennt dieser ungerathene Sohn des Elsaß einen „Vandalismus" (S. 64); den Melac bezeichnet er als „General-Mordbrenner" (S. 62), die Réunions-Kammern als „räuberische" (S. 61), und S. 34 erdreistet er sich gar, von gewissen Feldzügen Ludwig's XIV. als von „Raubkriegen" zu sprechen. Ob solchen Frevels am heiligen Frankreich entsetzte sich ein geistlicher Confrater im Elsaß und rüffelt den Verfasser in einer Recension, gezeichnet A. J., die in einer politischen Zeitung erschienen ist: Il faut laisser ces expressions aux manuels d'histoire à l'usage des germanisateurs à outrance; ce n'est plus de la sereine histoire! Und an derselben Stelle heißt es: Les qualitatifs employés pour caractériser Louis XIV. et sa conquête, semblent employés pour plaire en haut lieu! Also werden einem thatsächlich nur sehr begründeten geschichtlichen Urtheil wieder selbstsüchtige, friedrehafte Motive untergeschoben. Unsere Leser können sich schon denken, wo sie diese originelle Recension finden: im „Journal de Colmar" (Nr. 77). Man wird es als eine sehr erfreuliche Thatsache bezeichnen dürfen, daß gerade von deutscher katholischer Seite das Kokettiren mit Frankreich, dessen sich einzelne katholische Kreise im Reichslande nicht entschlagen zu können glauben, mit solcher Entschiedenheit zurückgewiesen wird."

Hoffentlich hält diese Entwickelung zum Besseren in Elsaß-Lothringen an.

Deutsches Reich.

ß. **Berlin**, 12. October. (Die undankbaren Polen.) In den oberschlesischen Wahlkreisen Neustadt-Falkenberg und Pleß-Rybnik sollen, wenn es nach den oberschlesischen Polenblättern geht, an Stelle der bisherigen Centrumscandidaten Polen als Candidaten zum Landtage aufgestellt werden. Die Polen sind wirklich recht undankbar. Als im Herbst 1885 die schärfere Polenpolitik vom Fürsten Bismarck inaugurirt wurde, war es das Centrum, das im Reichstage einen solennen Entrüstungsrummel und im Landtage bei den gegen die Polen vorgeschlagenen Gesetzen den feierlichen Exodus der Opposition in Scene setzte. Alsdann hat das Centrum bei jeder Gelegenheit die Partei der Polen genommen und noch im letzten Winter hat es im Abgeordnetenhause gegen die Erneuerung des Hundertmillionenfonds gestimmt. Trotzdem begann schon Anfang der neunziger Jahre eine nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen das Centrum gerichtete polnische Agitation in Oberschlesien. Damals sprach Graf Ballestrem noch muthvoll davon, daß den großpolnischen Agitatoren aufs Maul geschlagen werden müßte. Es kam aber umgekehrt und die Polen schlugen in Oberschlesien dem Centrum auf — den Mund. Mehr und mehr wich das Centrum zurück und bei den letzten Reichstagswahlen nahm man auf die Wünsche der Polen jede erdenkliche Rücksicht, indem man beispielsweise Reichstagscandidaten aufsuchte, die der polnischen Sprache mächtig sind, ganz abgesehen davon, daß einige aufgestellte und auch gewählte Candidaten direct Polen sind und eigentlich nur formell dem Centrum angehören. Nunmehr werden also die oberschlesischen Polen nicht nur im Reichstage, sondern auch im Abgeordnetenhause durch engere Landsleute vertreten sein. Hier dürfte freilich das Centrum nicht nachgeben, da es sich in einer günstigeren Position befindet, als bei den Reichstagswahlen. Denn da die Polen zumeist den unteren Classen angehören, so dürften sie ihre Wahlmänner wohl nur in der dritten Abtheilung durchbringen. Bei einer etwaigen Stichwahl zwischen dem Candidaten einer nationalen Partei und dem Centrumscandidaten werden die Polen dann doch wohl nicht die Undankbarkeit gegen das Centrum so weit treiben, den Centrumsmann im Stich zu lassen.

* **Berlin**, 13. October. (Staatliche Aufwendungen für Schulzwecke.) Vor einiger Zeit wurde die von demokratischer und socialdemokratischer Seite zu Wahlzwecken vielfach aufgestellte Behauptung wieder aufgewärmt, daß gegenüber einem Armee- und Marinebudget von 592 Millionen Mark im Jahre 1891 die gesammten staatlichen Ausgaben für Unterricht im deutschen Reiche nur 60 Millionen Mark betragen hätten und daß das Verhältniß seitdem noch ein schlechteres geworden wäre. Natürlich wurden an diese Behauptung die bekannten Betrachtungen zu Parteizwecken geknüpft. Obgleich nun die Unrichtigkeit der Aufstellung auf der Hand liegt und wiederholt nachgewiesen worden ist, so sei dennoch kurz darauf hingewiesen, daß in dem preußischen Budget für 1897 für Unterrichtszwecke insgesammt 95 Millionen Mark ausgeworfen sind, darunter 66 Millionen für Elementar-Unterrichtswesen (für 1898 sind es 12 Millionen mehr). Hierzu treten natürlich noch die Aufwendungen der Gemeinden und Schulverbände (für Berlin allein z. B. betragen sie 18½ Millionen Mark). Hauptsächlich um diese zumal für die kleineren Gemeinden bedeutenden Ausgaben leisten zu können, sind gelegentlich der Miquel'schen Steuerreform die drei directen, bisher vom Staat erhobenen Steuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, den Gemeinden überwiesen worden. Infolgedessen wird auch für den Unterricht in der Volksschule kein Schulgeld erhoben. Da nun in den anderen deutschen Staaten die Schulverhältnisse und die Aufwendungen für den Unterricht mindestens ebenso reichlich sind und die Verhältnisse vielfach sogar noch günstiger liegen als in Preußen, so kann man unter Zugrundelegung der Bevölkerungsziffer annehmen, daß die staatlichen Ausgaben für Unterrichtszwecke für 1897 mindestens 144—145 und für 1898 etwa 160 Millionen Mark betragen. Wie gut es übrigens mit der allgemeinen Schulbildung im deutschen Reich bestellt ist, ergiebt sich am besten daraus, daß sich unter den in diesem Jahr ausgehobenen Recruten nur 0,38 Analphabeten befanden. Für Preußen allein betrug die Ziffer 0,72 gegenüber 4,21 im Jahre 1871; es ist also ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Demgegenüber entnimmt der „Schwäb. Merk." aus einem Artikel des „Berner Tagbl." über die Recrutenprüfungen in der Schweiz im Herbst 1897 einige Notizen. Das Blatt stellt zwar gegenüber früheren Jahren einen bedeutenden Fortschritt fest, sagt aber in der Schlußbetrachtung: „Glänzend steht es freilich noch immer nicht. Es giebt immer noch 3 Proc. junger Leute, die nicht lesen können, 7 Proc., die ihre Gedanken nicht aufzuschreiben im Stande sind, 8 Proc., die in ihrer Unfähigkeit, zu rechnen, das Ausbeutungsobject Anderer sein können, 16 Proc. schließlich — ein volles Sechstel unserer Jungmannschaft —, deren Kenntniß des eigenen Landes und Volkes eine minimale ist." Wie aus den vorstehenden Angaben ersichtlich ist, können wir es im deutschen Reich hinsichtlich der allgemeinen Volksbildung nicht nur mit der Schweiz, sondern überhaupt mit allen Culturstaaten aufnehmen. Giebt es doch, um dies noch kurz zu erwähnen, allein in der Stadt New York zur Zeit 16 000 schulpflichtige Kinder, die wegen Mangels an Schulen keinen Unterricht genießen.

⊙ **Berlin**, 13. October. (Telegramm.) Die „N. A. Z." schreibt: In verschiedenen Zeitungsmeldungen des Auslandes begegnet man der sonderbaren Auffassung, als ob der Abstecher des Kaisers nach Egypten infolge ausländischer Schritte oder ausländischen Einflusses aufgegeben worden sei. Mit Recht werden solche Vermuthungen als Fabeln bezeichnet, sie entbehren jedes thatsächlichen Anhalts. Wir wiederholen, daß der Verzicht auf den Besuch Egyptens lediglich aus den in der bekannten Mittheilung des Wolff'schen telegraphischen Bureaus gemeldeten Erwägungen der inneren Politik der Regierung hervorgegangen ist.

B. **Berlin**, 13. October. (Privattelegramm.) Der Bundesrath hat sich, wie die „Nat.-Ztg." erfährt, in der Lippischen Angelegenheit für unzuständig erklärt.

B. **Berlin**, 13. October. (Privattelegramm.) Unter den Diplomaten, welche für die Nachfolge des Herrn von Bülow als preußischer Gesandter beim Papste genannt werden, befindet sich nach der „Nat.-Ztg." auch Herr von Rotenhan, der jetzige Gesandte des Reiches in Bern. Für die Annahme, daß er für den Posten bestimmt sei, spreche der Umstand, daß Herr von Rotenhan in früherer Zeit als Geschäftsträger beim Vatican fungirt und dann als Unterstaatssecretair im Auswärtigen Amt Gelegenheit gehabt habe, sich mit den bezüglichen Verhältnissen bekannt zu machen.

— Betreffs der Reise des Großherzogs von Baden nach Potsdam läßt sich die „Neue Bad. Landesztg." von einer, wie sie sagt, unterrichteten Seite melden, daß diese mit der Abkürzung der Orientreise des Kaisers in directem Zusammenhang stand. In einer Vorbesprechung der Bundesbevollmächtigten sei der dringende Wunsch nach einer Abkürzung ausgesprochen, darüber auch vom Reichskanzler dem Kaiser Vortrag gehalten worden. In der Bundesraths- und der Staatsministerialsitzung vom Donnerstag sei die Angelegenheit ebenfalls erörtert worden, und am Freitag Abend dann auf Wunsch des Kaisers der Großherzog in Potsdam eingetroffen. — Diese Darstellung steht in Bezug auf die behaupteten Erörterungen im Bundesrath und preußischen Staatsministerium in Widerspruch mit den officiösen Erklärungen.

— Eine Berliner Correspondenz versichert wieder einmal als Thatsache, daß Prinz Albrecht von Preußen regentschaftsmüde sei. Der Prinz sei durch den Tod seiner Gemahlin tief erschüttert, so daß er ernstlich daran denke, von der Regierung in Braunschweig zurückzutreten und sich gänzlich nach Kamenz zurückzuziehen. Die Combination des Todes der Prinzessin mit den schon vielfach erörterten Rücktrittsgerüchten liegt so nahe, daß man geneigt ist, nicht allzuviel auf diese Meldung zu geben.

— Zur Theilnahme an der Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem sind Vertreter der evangelischen Kirche aller Länder der Erde geladen, und wohl die meisten folgen der Einladung. Nur von der evangelischen Kirche Rußlands verlautet kein Sterbenswörtchen; weder die deutschen noch die Petersburger Zeitungen haben gemeldet, so stellt die „Voss. Ztg." fest, ob Einladungen auch an die evangelischen Gemeindevertretungen des russischen Reiches ergangen, ob sie angenommen oder abgelehnt worden sind und, wenn die Einladungen unterlassen worden sind, welche Gründe hierfür bestimmend gewesen sind. Rußland hat für sechs Millionen evangelische Bewohner gegen 2000 Kirchengemeinden und viele Hundert Geistliche dieses Bekenntnisses. An der Spitze der evangelischen Kirche steht das evangelisch-lutherische Generalconsistorium in Petersburg, dessen Präsident ein evangelisches Mitglied des Senats (obersten Gerichtshofs) und dessen Vicepräsident ein lutherischer Geistlicher mit der Würde eines Bischofs ist. Ihm unterstellt sind die Generalsuperintendenten und Consistorien von Livland, Estbland, Kurland, Petersburg, Moskau und Warschau. Finland hat einen evangelischen Erzbischof und zwei Bischöfe und mehrere evangelische Consistorien. Dorpat und Helsingfors haben evangelische Facultäten. Man könne nicht annehmen, daß politische Rücksichten eine Unterdrückung der Einladungen haben geboten erscheinen lassen. Jedenfalls müßte sie im Hinblick auf die nach Millionen zählenden treuen und festen Bekenner des evangelischen Glaubens in unserem östlichen Nachbarstaat herzlich bedauert werden. Sei die Einladung aber erfolgt und die russische Regierung habe sie abgelehnt, so verdiene dieses Verfahren öffentlich bekannt gemacht zu werden. Es würde lebhaft die Thatsache illustriren, daß der Curs in Rußland wiederum von Herrn Pobedonoszew angegeben wird. Das Blatt hofft auf eine amtliche Feststellung des Sachverhalts.

— Der Schlußact der Hilfsaction für die im vorigen Jahre durch Unwetter Geschädigten Deutschlands hat sich nunmehr, nachdem die langwierigen Ermittelungen beendet sind, vollzogen. Von den vom Berliner Centralcomité durch Sammlungen aufgebrachten Geldern (rund 3 206 000 ℳ) verblieb, wie erinnerlich, noch eine Restsumme von ca. 36 000 ℳ, welche solchen unterstützungsbedürftigen Personen zugewendet werden sollte, deren Ernährer in Folge der Unwetter den Tod gefunden haben. Bürgermeister Kirschner hat nun nach der „Nat.-Ztg." einerseits eine Liste unterstützungsbedürftiger Personen feststellen und andererseits ermitteln lassen, in welcher Weise die Unterstützungen am vortheilhaftesten zu gewähren seien. In letzterer Beziehung hat sich herausgestellt, daß es am zweckmäßigsten sein werde, den Wittwen Verunglückter fortlaufende Unterstützungen (Renten) bis an ihr Lebensende und den Kindern eine monatliche Erziehungsbeihülfe bis zu ihrem vollendeten 16. Lebensjahre durch eine Versicherungsanstalt auszahlen zu lassen. Die günstigsten Bedingungen schien die Gesellschaft „Nordstern" zu bieten, weshalb bei ihr das Capital von 36 000 ℳ denn auch eingezahlt wurde. Da nicht weniger als 36 Personen, meist in Schlesien ansässig, zu bedenken sind, entfällt auf die Einzelperson freilich nur ein geringer Betrag. Die Kinder erhalten monatlich je 8,50 ℳ, die Mütter monatlich 10 ℳ. Nun bleibt nur noch über einen geringfügigen Rest (circa 40 ℳ) nachträglich eingegangener Spenden zu verfügen.

* **Posen**, 12. October. Die Arbeit an der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek für Posen schreitet rüstig vorwärts. Das Actionscomité in Berlin (königliche Bibliothek am Opernplatz) hat sich in diesen Wochen an die wichtigeren wissenschaftlichen Vereine und Gesellschaften mit der Bitte um Uebersendung ihrer Publicationen gewandt. Wie der Berliner und der westpreußische Geschichtsverein haben auch bereits die Gesellschaft für vaterländische Cultur in Schlesien, der Thüringer Geschichtsverein, die numismatische Gesellschaft in Berlin und andere die von ihnen herausgegebenen Werke übersandt. Von größeren Bibliotheken, die neuerdings Doublettenverzeichnisse zur Verfügung gestellt haben, seien die Stadtbibliothek in Dresden, die Gymnasialbibliothek in Altona und die des preußischen Abgeordnetenhauses genannt. Vor Allem aber ist es der deutsche Buchhandel, dessen Interesse für das Unternehmen stetig wächst. Es soll nunmehr in größerem Stile für die Unterstützung des großen Unternehmens geworben werden. Wie an den deutschen Buchhandel, will man sich jetzt auch an die Vertreter des deutschen Handels und der deutschen Industrie in besonderen Schreiben wenden.

⊙ **Bückeburg**, 13. October. (Telegramm.) Der Reichstagsabgeordnete für Schaumburg-Lippe, Albert Biesanz (Freisinnige Volkspartei), ist heute Mittag hier gestorben.

Albert Biesanz wurde 1846 in Bückeburg geboren, war dort Bäckermeister, lebte aber seit 1884 als Rentner. Er war Begründer der Schaumburg-Lippe Fortschrittspartei, Mitglied des Schaumburg-Lippe Landtags und wurde bei der letzten Wahl in den Reichstag gewählt.

* **Gießen**, 12. October. Von dem hier abgehaltenen Parteitage der Christlich-Socialen ist noch Einiges nachzutragen. Herr Stöcker erklärte in der Eröffnungsrede, daß es den Kampf ebenso wohl gegen die Socialdemokratie als gegen den religiösen und politischen Liberalismus gelte. In ferneren Reden und Resolutionen wurde ein Zusammengehen mit dem Bunde der Landwirthe und den Antisemiten empfohlen, so weit der Bund nicht national-liberale Bestandtheile habe und während ängstlich vermieden wurde, das Verhältniß zu den Conservativen zu berühren, hieß es hinsichtlich der National-Liberalen: „Die national-liberale Partei machen wir in Folge ihres politischen und religiösen Liberalismus für die Schwierigkeiten unserer innern Lage verantwortlich (!). — Wir lehnen jede Gemeinschaft mit dieser Partei ab; ein Cartell mit ihr wäre nur eine Verleugnung unserer tiefsten Grundsätze."

* **Mainz**, 12. October. Die Stadtverordneten Dr. Otto Gastell und Louis Neuleaux haben die Bürgermeisterei um Entbindung von ihren Mandaten ersucht. Wahrscheinlich steht dieser Schritt mit dem Mainzer Octroiconflict in Verbindung.

W. **Stuttgart**, 12. October. Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Mittnacht ist vorgestern aus seinem Sommeraufenthalt in Friedrichshafen zurückgekehrt und hat die Leitung der ministeriellen Geschäfte wieder übernommen. — Die Verfassungscommission der Ersten Kammer ist auf den 24. October einberufen worden.

* **München**, 11. October. In der heutigen Nummer des „Vaterland" findet sich folgender charakteristischer Ausfluß des Sigl'schen Bismarckhasses: „Für das Bismarck-Denkmal in Hamburg sind in der kurzen Zeit, seit der Aufruf zur Leistung von Beiträgen ergangen ist, 430 588 ℳ gezeichnet worden. — Könnte man das viele Geld nicht noch etwas dümmer verwenden?" Allerdings könnte man das, sogar sehr viel dümmer, wenn man es nämlich zu einem Denkmal für Dr. Sigl verwendete.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 13. October. (Telegramm.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Debatte über die Regelung der Bezüge der Staatsdiener fort und verwies die Regierungsvorlage einstimmig an den Budget-Ausschuß. Darauf wurde die Verhandlung über die Verordnungen betreffs der Budget-Provisorien begonnen.

Frankreich.

Der Streik; Orientprotectorat.

* **Paris**, 13. October. (Telegramm.) Die Wiederaufnahme der Arbeit trat heute früh sehr deutlich in Erscheinung. Trotzdem bleiben Truppen zum Schutze der Arbeitenden bereit. In der Arbeiterbörse wurden heute Vormittag einige Versammlungen abgehalten, doch war die Zahl der Ausständigen bedeutend geringer als in den letzten Tagen. Der Ausstand der Erdarbeiter kann als beendet angesehen werden.

P. C. **Paris**, 12. October. In Folge des Aufrufes des Cardinals Langénieux zur Bildung eines Vereins zum Schutze der katholischen Interessen im Oriente hat sich eine genügende Zahl von Theilnehmern gemeldet, so daß die Constituirung des Vereins gesichert erscheint.

Italien.

Ankunft des deutschen Kaiserpaars.

* **Venedig**, 13. October. (Telegramm.) Das Kaiserpaar ist, wie schon kurz gemeldet, um 12 Uhr 45 Minuten Mittag in Begleitung des Staatssecretairs des Auswärtigen Amts, v. Bülow's, und des Gefolges hier eingetroffen und am Bahnhofe von den italienischen Königspaare empfangen worden. Ferner waren zum Empfange der Ministerpräsident, Pelloux, der Minister des Aeußern, Canevaro, der commandirende General des 5. Armeecorps, General Parravicino, der Commandant des 3. Marine-Departements, Viceadmiral Frigerio, sowie der Präfect und der Sindaco von Venedig erschienen. Die Majestäten begrüßten sich überaus herzlich. Vom Bahnhofe aus fuhren die Majestäten in Hofgondeln, denen acht städtische Gondeln in der Bauart vergangener Jahrhunderte voranfuhren, durch den Canale Grande nach dem königlichen Palast.

Spanien.

Friedensverhandlungen.

* **Madrid**, 13. October. (Telegramm.) In Regierungskreisen fängt man an zu glauben, daß die Friedensconferenz in Paris ergebnißlos verlaufen wird und die strittigen Puncte durch ein Schiedsgericht geregelt werden müssen. (Voss. Ztg.)

Orient.

Kreta.

* **Canea**, 13. October. (Telegramm.) Innerhalb und außerhalb der Stadt sind neuerdings Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen worden. Bisher sollen 50 Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Asien.

Korea.

* **Yokohama**, 13. October. (Telegramm.) Eine Drahtnachricht aus Söul meldet, der Justizminister habe seine Entlassung erhalten, weil er nicht verhindert habe, daß der Pöbel die Leichen der hingerichteten Verschworenen verstümmelte.

Amerika.

Streik Ausständiger.

* **New York**, 13. October. (Telegramm.) Nach den letzten hier aus Virden (Illinois) eingegangenen Berichten blieben in dem Kampfe zwischen den ausständigen Bergarbeitern und den durch die Polizei der Chicago-Alton-Eisenbahn unterstützten Beamten des Sheriffs acht Mann todt. Etwa 30 Personen wurden verwundet.

Ernennungen, Versetzungen 2c. im öffentlichen Dienste.

Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Erledigt: die 2. ständige Lehrerstelle in Dittersdorf. Collator: das k. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts. Das Einkommen beträgt bei freier Amtswohnung 1200 ℳ Gehalt und 45 ℳ Honorar für Unterricht in der Fortbildungsschule. Bewerbungsgesuche sind bis zum 29. October an den k. Bezirksschulinspector Schulrath Dachselt in Chemnitz einzureichen. — Zu besetzen: eine ständige Lehrerstelle an der Schule in Thalheim i/Erzgeb. Collator: der Gemeinderath daselbst. Einkommen 1300 ℳ einschließlich Wohnungsgeld. Gesuche unter Beifügung der Zeugnisse sind bis zum 30. October an den Collator einzureichen.

Schulwesen.

△▽ **Eine Schule für Handelscorrespondenz in fremden Sprachen** hat in Moskau den ersten Jahrestag ihrer Gründung gefeiert. Diese Schule hat den Zweck, gebildete und vollkommen vorbereitete Correspondenten für die verschiedenen Handelsinstitute auszubilden, die ihre Geschäftscorrespondenz in französischer, deutscher und englischer Sprache führen. Die Nachfrage nach solchen Correspondenten hat sich in der letzten Zeit in Rußland sehr vermehrt, aber keine der bestehenden kaufmännischen Unterrichtsanstalten war im Stande, dieses Bedürfniß zu befriedigen, weil die fremden Sprachen nirgends in genügendem Umfange gelehrt, noch in der Praxis der Correspondenz unterwiesen wurde. In der Schule der Handelscorrespondenten werden aber die fremden Sprachen jeden Tag in allen vier Classen und sogar in der Vorbereitungsclasse geübt, wobei in der dritten und vierten Classe die Beihilfe der russischen Sprache bei dem Unterricht in den fremden Sprachen ganz ausgeschlossen ist, und alle Uebersetzungen aus der einen fremden Sprache in eine andere solche Sprache gemacht werden u. s. w. Die Folge davon ist eine volle Beherrschung der fremden Sprache, wie sie bei Führung der Correspondenz erforderlich ist. Die Classen der Schule werden nach und nach eröffnet, und die erste Entlassung von Schülern ist für das Jahr 1901 in Aussicht genommen. An den Abendcursen, an denen jeder sich Interessirende theilnehmen kann, werden gelehrt: Französisch, Deutsch, Englisch, Italienisch, Persisch und Sartisch. Erwünscht wäre auch noch der Unterricht im Chinesischen und Koreanischen, aber es fehlt dazu an Lehrern. Außerdem werden in diesen Cursen noch vorgetragen: Buchhaltung, Stenographie, Zeichnen und die russische Sprache für Ausländer. An den Sonntagen werden den Schülern Vorträge über Handelsgeographie und Waarenkunde gehalten. Die Schule genießt in kaufmännischen Kreisen viel Vertrauen, und die Zöglinge derselben werden daher leicht in den Geschäften Unterkommen finden. Die Empfehlung und Vermittelung dabei will die Schule selbst in die Hand nehmen.

Unterrichtswesen.

— **Leipzig**, 13. October. Einer sehr dankenswerthen Aufgabe hat sich der hiesige Centralverein für vereinfachte Stenotachygraphie unterzogen. Vielfachen an ihn gerichteten Wünschen nachkommend, hat sich genannter Verein entschlossen, einen Separatcursus für ältere Herren in der vereinfachten Stenotachygraphie zu eröffnen. Wir begrüßen diesen Entschluß um so lebhafter, als damit nicht nur einem Bedürfniß unserer Zeit entsprochen wird, lernlustigen älteren Herren Gelegenheit zu bieten, sich eine nützliche und einträgliche Wissenschaft in einem Separatcursus unter Ausschluß der der Schulbank kaum entwachsenen Jugend anzueignen, sondern auch, wie uns versichert wird, auf die Individualität jedes Einzelnen besonders Rücksicht genommen wird. Der Cursus darf nicht mit den neuerdings leider verschiedenfach üblich gewordenen „Galoppcursen" verwechselt werden, sondern es soll in mäßigem Tempo vorwärts gegangen werden, unbekümmert, wie viele Stunden gebraucht werden — langsam, aber gründlich. Die Vorbesprechung mit einleitendem Vortrag findet Sonntag Vormittag ½11 Uhr im Eldorado statt. Die Leitung liegt in den Händen eines erfahrenen älteren Cursusleiters.

— **Leipzig**, 13. October. Am Sonntag, den 16. October, Vormittags 11 Uhr eröffnet der „Damen-Stenographen-Verein" einen neuen Cursus in „Gabelsberger'scher-Stenographie" für Anfänger wie für Vorgeschrittene, und zwar in den zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Räumen der „Handels-Akademie Leipzig", Johannisplatz 3/5, Eingang 4/5. Das Honorar beträgt 5 ℳ. In Verbindung hiermit ist den Theilnehmerinnen Gelegenheit geboten, sich in Maschinen-Schreiben, sowie in Buchführung, Correspondenz, Schön- und Zierschrift 2c. auszubilden. Anmeldungen und Auskunft erfolgt nur mündlich im Secretariat Johannisplatz 3/5.

Demnächst erscheint:

Gedanken und Erinnerungen

von **Otto Fürst von Bismarck.**

Zwei Bände zusammen 45 Bogen Gross-Octav.

In Leinwand gebunden **Preis 20 Mk.**

Das Werk wird eine kurze Einleitung und orientirende Fussnoten von **Professor Dr. Horst Kohl** enthalten, im Uebrigen aber die **Darstellung des Fürsten Bismarck ungeändert und unverkürzt** wiedergeben.

In Anbetracht der zu erwartenden grossen Nachfrage nach diesem epochemachenden Werke können wir Lieferung eines Exemplars sofort bei Erscheinen nur zusichern, wenn uns Bestellung sofort zugeht.

Buchhandlung Gustav Fock,

G. m. b. H., Neumarkt 40.

Grösstes Erstes Hotel Deutschlands

Central-Hotel, Berlin.

500 Zimmer von 3 Mk. — 25 Mk.

Gegenüber Centralbahnhof Friedrichstrasse.

Auf zum Kauf im neu-renov. Barthel's Hof.

Decorat. Artik., Glasmalerei, Lampen- und Lichtschirme. Selbstbeschäftigungsmittel, Bilderbücher und Spiele. Alle Schreibmaterial., Schul- u. Contor-Requis. billig u. gut.

Vom Neuen stets das Neueste!

M. Apian-Bennewitz, Markt u. Barthel's Hof nur im Hofe querver.

Patent. Das ewige Feuer. Patent.

Gruder-Oefen mit Platten und Rost. Badeöfen.

A. Beulshausen, L.-Plagwitz, Carl-Heinestraße 79.

Tonende Gewerbe-Ausstellung. Katharinenstraße 22.

Auer-Gasglühlicht

Multiplex-Gasfernzünder

F. W. Dannhäuser,

Weststraße 12. Fernspr. 2053.

Instandhaltung im Abonnement.

Synagoge.

Gottesdienst: Freitag Abend 5 Uhr 30 Minuten.

Sonnabend früh 8 Uhr 30 Minuten.